

## **V L W Stellungnahme 05 / 2005:**

### **Vorschläge des DIHK zur Lehrerbildung gefährden die Qualität der beruflichen Bildung**

---

Der VLW und die Hochschullehrer für Wirtschaftspädagogik haben die Vorschläge für eine Reform der Lehrerbildung des DIHK unter dem Titel "Lehrer sein heißt, Kindern Flügel zu verleihen. Lehrer in Deutschland im Jahr 2015 – eine Vision" mit Befremden zur Kenntnis genommen. Die Umsetzung der dort gemachten Vorschläge bedeuteten für die Ausbildung der Wirtschaftspädagogen eine drastische Senkung des Ausbildungsniveaus, die nicht ernsthaft gewollt sein kann.

Dies betrifft die Aussage, die Fachhochschulen seien für die Vermittlung der berufsspezifischen Fächer im Studium zum Lehramt an Beruflichen Schulen sehr gut geeignet, da sie „in besonderem Maße auf diese Lehrerausbildung spezialisiert“ seien. Diese Aussage widerspricht den Tatsachen, denn die Fachhochschulen haben keine Angebote und damit auch keinerlei Erfahrung in der Ausbildung von Wirtschaftspädagogen. Deren Ausbildung erfolgt in der Bundesrepublik seit jeher ausschließlich an Universitäten – und dort hat sich die Ausbildung der Diplom-Handelslehrerinnen und Diplom-Handelslehrer außerordentlich gut bewährt. Dies belegen vor allem die externen Evaluationen der wirtschaftspädagogischen Studiengänge, die in den vergangenen Jahren an einer ganzen Reihe von Universitäten durchgeführt worden sind und die allesamt gute bis hervorragende Ausbildungsergebnisse bestätigen. Auch das hohe Ansehen, das die kaufmännischen Schulen und ihre Absolventen bei der ausbildenden Wirtschaft, bei Lehrern und Eltern und nicht zuletzt bei ihren Schülerinnen und Schülern genießt, erklärt sich wesentlich über die abgesicherten Qualifikationen ihrer Lehrkräfte.

Eine Verlagerung der Ausbildung in den berufsspezifischen Fächern an die Fachhochschulen würde unter dem inhaltlichen Aspekt einen nicht zu unterschätzenden Qualitätsverlust in der Ausbildung bedeuten. Unter einem formalen Aspekt widerspräche diese Verlagerung dem Gleichwertigkeitsanspruch von allgemeiner Bildung. Wenn der DIHK vorschlägt, die Lehrkräfte allgemeiner Fächer sollten universitär ausgebildet werden, die der beruflichen Fächer nicht, wird eine ureigene Forderung der Wirtschaft, die auch von dem DIHK vertreten wird, ad absurdum geführt: Die Forderung nach der Anerkennung beruflicher Qualifikationen auf ein Studium. Im internationalen Vergleich würde Deutschland sich mit dem durch den DIHK vorgeschlagenen Vorgehen gerade umgekehrt verhalten als die meisten anderen Industriestaaten: Dort sieht man die Bedeutung einer qualifizierten Lehrerbildung auch für den berufsbildenden Bereich deutlich.

Auch die vom DIHK vorgeschlagene Abschaffung des Referendariats kann aus Sicht des VLW und der Hochschullehrer für Wirtschaftspädagogik nicht unwidersprochen bleiben. Gerade der berufspraktischen Qualifizierung auf der Basis eines wissenschaftlichen Universitätsstudiums kommt eine herausragende Bedeutung für die Professionalisierung der angehenden Lehrerinnen und Lehrer auf hohem Qualifikationsniveau zu. Wie die jüngste OECD-Studie zur Lehrerbildung ausdrücklich bescheinigt, kann nur so den Anforderungen des immer anspruchsvolleren Schulalltags entsprochen werden. Von daher gefährdete auch dieser Vorschlag die Qualität der Lehrerbildung und damit gleichzeitig die Qualität der Berufsausbildung im dual-kooperativen System.

Für den VLW und die Hochschullehrer für Wirtschaftspädagogik ist es unverständlich, dass der DIHK die Lehrerbildung für die beruflichen Schulen und damit für die zweite Hälfte des bewährten dualen Berufsbildungssystems aufs Abstellgleis bringen will. Dies dient nicht dem Wirtschaftsstandort Deutschland.

Bielefeld, im Juni 2005